

Presseinformation

6. Mai 2004

Weitere 400.000 Euro für Tierbetreuung im Safaripark

Gabmann: Entscheidung über Zukunft muss bis Ende Mai fallen

Landesrat Ernest Gabmann hat heute in Abstimmung mit dem Präsidium der Wirtschaftsagentur ecoplus gegenüber der OZO (Österreichische Zoo-Organisation) zugesagt, für die Betreuung und Versorgung der Tiere im Safaripark Gänserndorf weitere 400.000 Euro seitens des Landes bereit zu stellen. Damit steht einer Verlängerung des Tierbetreuungsvertrags, wie dies vom Masseverwalter Dr. Bruckner gewünscht wurde, um Verhandlungen mit Interessenten für eine Übernahme der Anlage weiterführen zu können, nichts im Wege. Die vom Land übernommenen Kosten für die Tierbetreuung im Safaripark erhöhen sich damit auf 800.000 Euro.

Gabmann stellte jedoch klar, dass eine Dauerfinanzierung der Tierbetreuung seitens des Landes aus Mitteln der Regionalförderung nicht vertretbar sei. „Es muss daher bis spätestens Ende Mai eine klare finale Entscheidung fallen“, betonte Gabmann. Gefordert sei vor allem der vom Gericht eingesetzte Masseverwalter. „Entweder es gelingt Dr. Bruckner, einen professionellen Betreiber auf Basis eines wirtschaftlich nachvollziehbaren Konzepts für den Weiterbestand des Safariparks als touristisches Angebot zu finden oder es müssen vom Masseverwalter die erforderlichen konkursrechtlichen Schritte gesetzt werden“, meinte Gabmann. Endlose Verhandlungen mit Interessenten auf Kosten der Überbrückungsfinanzierung des Landes kämen nicht in Frage. Das Konkursverfahren dürfe nicht „zu einem Fass ohne Boden“ für das Land werden.

Als glatte Unwahrheit und bewusste Unterstellung bezeichnete Gabmann die Behauptung der Bundesrätin der Grünen, Elisabeth Kerschbaum, wonach das Land den Landtagsbeschluss zum Safaripark missachte. „Es ist schlicht und einfach unwahr, dass der Landtag die NÖ Landesregierung beauftragt hat, den Fortbestand des Safariparks zu sichern. Vielmehr lautet der Auftrag, an der Erstellung eines tragfähigen Unternehmenskonzeptes in Kooperation mit fachlich geeigneten und wirtschaftlich interessierten Partnern mitzuwirken und ein solches Konzept finanziell zu unterstützen. Genau an diesem Auftrag orientierten sich die Massnahmen des Landes“, betonte Gabmann.